

SPD und Grüne Dampf machen!

Wirtschaft". Diese Floskel bedeutet nichts anderes als weiter wie bisher: Den Wirtschafts- und Finanzbossen Wein einschenken, selber daran naschen und den Arbeitnehmern Wasser predigen von „Kontinuität der Außenpolitik“ und

Grüne Politiker wie Christian Ströbele, die aus Joschkas geschlossenen Reihen tanzen und vernünftige Vorschläge wie den Stopp des ökologisch schädlichen und finanziell verlustträchtigen Transrapid machen, werden wie Schultungen wegen „Undiszipliniertheit“ von Lafontaine abgemahnt.

Und die „Kontinuität der Außenpolitik soll bedeuten, daß die erste Maßnahme der neuen Regierung nicht die Rücknahme der schlimmsten Gemeinheiten gegen die Armen und Arbeitslosen ist, die von so vielen ersehnt wird, sondern der Einsatzbefehl für deutsche Tomado-Kampfflieger gegen Ziele in Jugoslawien.

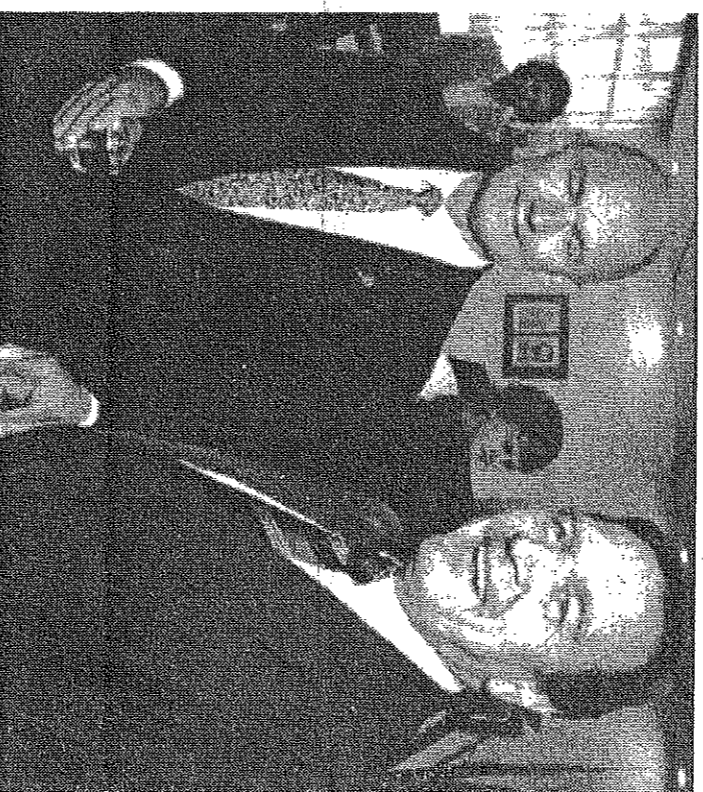
Kassensturz bei den Reichen!

SPD und Grüne haben auch die wenigen versprochenen Verbesserungen unter den Vorbehalt des „Kassensturzes“ gestellt. Erst müsse überprüft werden, wie es um die öffentlichen Haushalte bestellt sei. Es ist kein Geheimnis, am allerwichtigsten für die Finanzexperten der SPD, daß die Rechnen vor ihrem Abgang langfristige Reserven angebrochen haben, um Lücken zu stopfen. Die Verwendung der Post-Pensionskassen zwecks Erreichen der Sparziele für den Euro ist nur das jüngste Beispiel. Die Kassen sind geplündert. Wie wird rot-grün damit umgehen? Die Erfahrung mit SPD und Grünen in Nordrhein-Westfalen läßt nichts Gutes ahnen. Dort will die Landesregierung 440 Millionen DM jährlich sparen und 4000 Erzieher-Stellen streichen.

Wir wollen eine richtige Abrechnung: 2,7 Prozent der Haushalte verfügen über 2780 Milliarden DM Vermögen, fast das gesamte Sozialprodukt eines Jahres. Sie haben sich dank Kohl in den letzten Jahren auf unsere Kosten bereichert. Die Steuern der oberen Einkommensklassen machen nur noch 113 Milliarden DM, weniger als 13 Prozent des Gesamtsteueraufkommens aus. Die Reichen stellen endlich zahlen, dann sind soziale Verbesserungen und Schaffung von Arbeitsplätzen bezahlbar!

Druck vom ersten Tag an

Nie zuvor gab es in Deutschland eine Mehrheit links von Union und



Schröder und sein Manager-Freund Piech (VW). Schröders Ankündigungen lassen befürchten, daß er auch weiterhin der „Genosse für die Bosse“ sein will.

und ArbeitnehmerInnen unüberbrückbar sind.

Neue Arbeiterpartei

Aus den Betrieben muß Druck auf die Gewerkschaftsführer ausgeübt werden. Die Rechnung für 16 Jahre Kohl müssen die Unternehmer bezahlen, denn sie haben von dessen Regierungszeit profitiert. Wo es nicht geht, muß der Kampf von der Basis aus organisiert werden.

Auch die PDS, deren Wiedereinzug in den Bundestag ein Erfolg für ArbeitnehmerInnen und soziale Bewegungen ist, braucht den Druck von unten, damit sie es sich nicht in den Parlamentsesseln gemütlich macht.

Doch alleine Druck ausüben reicht nicht. Das marktwirtschaftliche System steckt in der Krise. Während Kohl im Wahlkampf noch vom Aufschwung fabulierte, dümmerte am Horizont schon die Weltwirtschaftskrise heran. 40 Prozent der Weltwirtschaft befinden sich in der Krise, neben Ostasien, Rußland und Südamerika hat die Rezession jetzt auch Großbritannien erfaßt.

Während des Wirtschaftswachstums der letzten Jahre wurden in Deutschland Hunderttausende in die Armut gestürzt, Millionen Arbeitsplätze vernichtet. Der Osten wurde nicht entwickelt, sondern fiel weiter zurück. Was passiert im Abschwung?

FDP. In Ostdeutschland gibt es in jedem Bundesland Mehrheiten für SPD und PDS. Trotz eines großen Sieges der SPD in ihren alten Hochburgen konnte die linksoppositionelle PDS eine halbe Million Stimmen dazu gewinnen. Nie zuvor haben vor allem die im Arbeitsleben stehenden Menschen zwischen 25 und 45 Jahren so deutlich den offen konservativen Parteien eine Absage erteilt. 62 Prozent der Frauen und 60 Prozent der Männer in diesem Alter haben gegen die unsoziale Regierung gestimmt. Das waren keine Stimmen aus der „neuen Mitte“ für die Unternehmer-Politik des kommenden Wirtschaftsministers

Stollmann, sondern Stimmen der arbeitenden Menschen gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik. Doch wir dürfen jetzt nicht abwarten und hoffen, daß die Regierung Schröder-Fischer diese Forderung nach einer anderen Politik erfüllen wird. Es wird sich nichts bewegen, wenn wir uns nicht bewegen. Die Regierung des Sozialdemokraten Jospin in Frankreich wurde am ersten Tag mit den Erwartungen der WählerInnen konfrontiert: 40.000

GewerkschafterInnen demonstrierten in Paris. Jospin hat nicht Schritte in Richtung 35-Stunden-Woche zugestanden, weil er ein so großer Freund der ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen ist, sondern weil es Druck von unten gab. Auch Arbeitslose und Immigranten, die für ihre Rechte kämpfen, haben in Frankreich nicht gewartet, sondern ihre Aktivitäten verstärkt. Das muß auch hier passieren.

Der DGB hat vor der Wahl 8 Millionen DM in Werbung für einen Regierungswechsel investiert. Werden die Gewerkschaftsführer, die zum Gutteil selbst als SPD-Abgeordnete im Bundestag sitzen, Finanzen und Organisation einsetzen, um die Forderungen der Mitglieder unter der Schröder-Regierung durchzusetzen?

Die Erfahrungen der letzten Jahre lassen befürchten, daß jetzt Stühlfußanverordnet wird. Da mit dem IG-Metall-Vize Rieser „einer der unseren“ Arbeitsminister wird, sei alles im Lot, wurde uns versichert für Arbeit.“ Doch unter diesem Namen firmierten bisher die von den Gewerkschaften akzeptierten Einschnitte bei den ArbeitnehmerInnen, die keineswegs zu mehr Arbeitsplätzen, sondern nur zu leeren Versprechungen führten. Die „Bündnisse“ scheiterten, weil die Unternehmer immer mehr verlangen, so daß auch bei den Gewerkschaftsführern die Schmerzgrenze überschritten war. Sie mußten scheitern, weil die Gegensätze zwischen Unternehm-

Durchatmen in der Wahlnacht. Augen reiben, noch einmal hingucken: ist er wirklich weg? Jubel gab es kaum. Zu klar ist vielen, auch wenn sie es lieber anders sehen würden, daß Schröder auf Kohlschen Pfaden wandelt.

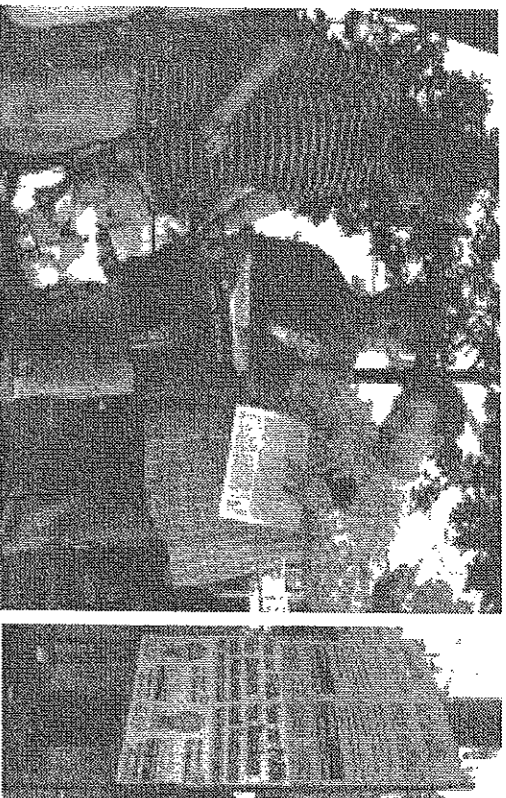
Wenn SPD und Grüne ihre Wahlkampfversprüche von sozialer Gerechtigkeit ernst meinen, müßten sie Sofortmaßnahmen durchsetzen. Nichts könnte sie daran hindern, im ersten Monat die Steuersenkungen für die Reichen und Superreichen zurückzunehmen. Die Rücknahme der erhöhten Medikamenten-Zuzahlung und die Wiedereinführung der hundertprozentigen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall würden schon zum Jahresende eine Erleichterung für ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und RentnerInnen bedeuten. Der sofortige Stopp des Stellenabbaus im öffentlichen Dienst wäre der erste Schritt, um ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Ein SPD-Innenminister könnte einen sofortigen Abschiebestopp verhängen. Das ist für Menschen aus Krisengebieten wie Türkei-Kurdistan, Algerien und dem Kosovo eine Frage von Leben und Tod. Bau- und Planungsstopp für den Eurofighter und den Transrapid würden hunderte Millionen DM in die öffentlichen Kassen bringen, die zum Beispiel für die Schaffung von qualifizierten Ausbildungsplätzen für Jugendliche verwendet werden könnten.

SPD und Grüne könnten ihre Forderung aus Oppositionszeiten umsetzen und den Bund an der Finanzierung des gesetzlich garantierten Kindergartensplatzes für jedes Kind beteiligen.

Weiter so ...

Schröder redet von der „Stabilität der



Linke Opposition – PDS in der Verantwortung

21,5 Prozent erhielt die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ in Ostdeutschland. In ganz Deutschland konnte sie ihre absolute Stimmzahl um satte 21 Prozent gegenüber dem Ergebnis bei der letzten Bundestagswahl steigern.

Und das trotz der Drohungen von SPD, Grünen und den Medien, mit einem Einzug der PDS in den Bundestag eine große Koalition zu riskieren. Die Stimmen für die PDS widerspiegeln den Wunsch nach Widerstand gegen Arbeitslosigkeit und Armut und eine wachsende Offenheit gegenüber sozialistischen Ideen. Nach einer Allensbach-Umfrage haben nur noch 22 Prozent aller Ostdeutschen „eine gute Meinung vom Wirtschaftssystem der Bundesrepublik“, während inzwischen 68 Prozent „den Sozialismus für eine gute Sache halten, die schlecht ausgeführt wurde.“ (FAZ vom 10. 12. 97).

Der Erfolg der PDS auf der Wahl-

ebene ist jedoch nicht mit einem Zustrom bei der Mitgliedschaft verbunden. Auf die Mitgliederwerbekampagne in diesem Sommer hin, als 30.000 Briefe an Nichtmitglieder verschickt wurden, sind nur 100 neue Mitglieder in die PDS eingetreten. Die Erfahrung mit einer PDS in der Schwertner Landesregierung und in einer großen Zahl von ostdeutschen Kommunen, die sich den kapitalistischen „Sachzwängen“ beugt, wird in den nächsten ein, zwei Jahren zu einer ausgesparten Konfrontation zwischen PDS-Umfeld und Parteispitze führen.

Opposition?

In den PDS-geführten Bezirken in Ost-Berlin setzt die PDS bereits Kürzungspolitik mit um; derzeit zieht sie bei der Privatisierung von 57 Schulen mit. Bei der Mobilisierung gegen Naziaufmärsche hat sie sich bisher nicht besonders hervorgetan. In Rostock sagte die PDS gar eine von ihr am Ort des Nazi-Aufmarsches ange-

gemeldete Gegendemonstration kurzfristig wieder ab.

Nach der Bundestagswahl ist die PDS die einzige große linke Oppositionspartei in Deutschland. Damit hat sie zugleich eine große Chance und Verantwortung bekommen. Falls sie im Osten Bürgermeisterämter und Regierungsbeteiligungen nutzen sollte, um kapitalistische Sparpolitik durchzusetzen, falls sich ihre Oppositionsrolle unter Rot-Grün nur auf kritische Reden im Parlament beschränken sollte, dann wird sie damit nur einem weiteren Erstarren der Faschisten in Ost und West den Weg ebnen. Stattdessen sollte sie ihre ganze Stärke, insbesondere im Osten, nutzen, um gegen Sozialabbau, Privatisierung, Betriebschließungen und gegen die Nazis zu mobilisieren. Das würde ihre Position im Osten weiter stärken, den Nazis das Wasser abgraben und damit würde sie sich auch einem größeren Teil von Arbeitern und Jugendlichen im Westen als echte Opposition empfehlen.

Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern Rechte Gefahr gebannt?

Obwohl DVU, Reps und NPD in den letzten Wochen massiv ihre Wahlplakate kleben, Hauswurfsendungen und Aufmärsche durchführten, gelang ihnen der Einzug ins Landesparlament nicht. Die DVU erhielt 2,9, die Reps 0,55 und die NPD 1,1 Prozent der Stimmen.

Warum konnte die DVU ihr Wahlergebnis von Sachsen-Anhalt nicht wiederholen und über die 5-Prozent-Hürde springen?

Zum einen lag es sicherlich daran, daß die Rechtsparteien gegeneinander antraten. Zum anderen hat der NPD-Aufmarsch am 19. 9. viele DVU-Protestwähler abgeschreckt. Die in Reich und Glied maschernden Faschisten erinnerten zu sehr an Hitlers Zeiten. Der NPD ist damit allerdings ein grundlegender Aufbauschritt gelungen, denn es ist Teil ihrer Aufbaustrategie, Stärke zu zeigen, die Straße zu erobern und sich über den Wahlkampf bekannt zu machen.

Ein weiterer Grund für den ausbleibenden Wahlerfolg der Nazis ist jedoch die politische Situation in Mecklenburg-Vorpommern.

In Sachsen-Anhalt wurde Kohlische Kahlschlagpolitik von Rot-Grün umgesetzt und von der PDS „foleiert“. Die DVU konnte sich als einzige Oppositionspartei darstellen. Und so ging sie auch mit dem Slogan „Protest wählen!“ auf Stimmengang und landete auf Anhieb bei 12,9 Prozent.

In Mecklenburg-Vorpommern regierte die CDU mit der SPD. Die PDS hatte hier also noch einen Oppositionsstatus und so wählten viele, die die etablierten Parteien „ärgerlich“ wollten, die PDS. Also links statt rechts.

Sobald aber die PDS in einer Koalition mit der SPD im Landtag die ganze Kürzungspolitik offen mitträgt, eröffnen sich neue Chancen für die Faschisten wenn es keine andere Alternative angeboten wird. Auch wenn die Faschisten in Mecklenburg-

Vorpommern nicht ins Parlament einziehen konnten, haben sie sich mit diesem Wahlkampf in eine gute Ausgangsposition gebracht. Die Gefahr von rechts ist also noch lange nicht gebannt. Die PDS hat den Anspruch eine antikapitalistische Partei zu sein. Jetzt gilt es, auf die PDS Druck auszuüben, damit sie keine kapitalistische Kürzungspolitik mitträgt. Unsere Antwort muß aber vor allem ein zügiger Aufbau der SAV und von Jugend gegen Rassismus in Europa sein.



Zwar konnten die Neonazis keinen spektakulären Wahlerfolg landen, aber trotzdem ihre Basis weiter ausbauen.

1918 – vor 80 Jahren

Revolution in Deutschland

REVOLUTION und SOZIALISMUS

– machbar oder nicht?

Am 7. und 8. November. Ein

Wochenende voll Information und Diskussion organisiert von der SAV

Wann, was, wo?

Ort: Haus der Jugend/ Willi Seidel Haus in Kassel, Mühlergasse 15.
Beginn: 9.30 Uhr am Samstag
Ende: Sonntag um 15.30 Uhr.

Themen (u. a.):

Die Novemberrevolution 1918 (Diavortrag und Arbeitskreise) ● Rosa Luxemburg – der Film (Von Margarethe von Trotta) ● Ein sozialistisches Programm für das neue Jahrhundert ● Wie geht's weiter nach der Wahl?

Weitere Informationen und Anmeldung bitte in der SAV-Bundeszentrale (Adresse siehe links unten).

Wahlkampf ohne Werbegeschenke

SAV-Mitglieder führten in den letzten zwei Monaten vor der Wahl hunderte von Gesprächen: „Kohl muß weg, aber was kommt dann?“. Die Warnung davor, daß rot-grün dort weiter machen wird, wo Kohl aufgehört hat, fand positive Resonanz.

Es blieben mehr Leute als sonst an unseren Ständen stehen und wollten Informationen. Über 2000 Wahlprogramme wurden verkauft und ein kleiner Sprung bei Neuzulassungen geschafft. Unsere Plakate – oft die einzigen mit inhaltlichen Forderungen – kamen gut an.

Der Wahlkampf war auch ein Kampf gegen Nazis. Ihre Plakate wurden abgehängt oder mit antifaschistischen Forderungen überplakatiert. Mitglieder aus Hamburg, Kiel, Kassel, Berlin, Dresden und Bremen haben nach Rostock gegen die Abschlußkundgebung der NPD mobilisiert.

Für die Forderung nach Wahrecht für alle sammelten SAV Mitglieder Unterschriften, in Aachen organisierte wir mit anderen zusammen eine symbolische AusländerInnenwahl. Gäste aus Österreich und Belgien verdeutlichten auf Versammlungen die Notwendigkeit internationaler Gegenwehr. Wir waren außerdem die einzige

Partei, die den 7-wöchigen Streik der Bahnarbeiter in Aachen und Köln unterstützt hat.

In diesem Wahlkampf ging es nicht um Stimmen für die SAV. Viel zu sehr stand zum einen die Abwahl von Kohl im Vordergrund. Zum anderen ging es darum, die PDS als Partei mit sozialistischem Anspruch in den Bundestag zu wählen und eine linke Opposition gegen Schröder zu stärken. Daher hat die SAV aufgerufen, mit der Zweitstimme PDS zu wählen.

In vier West-Wahlkreisen standen SAV-DirektkandidatInnen für die Erststimme zur Wahl. In Köln und Stuttgart bekamen wir 0,1 Prozent, in Aachen und Siegen 0,2 Prozent, insgesamt 700 Stimmen. Das sind 700 WählerInnen, die bewußt für eine radikale Alternative und ein sozialistisches Programm gestimmt haben.

Für uns war der Wahlkampf eine gute Gelegenheit, die SAV bekannt zu machen und einen Grundstein für Erfolge in der Zukunft zu legen. Dies ist gelungen. Bei den Kommunalwahlen im nächsten Jahr wird die Unterstützung der Idee des Aufbaus einer neuen Arbeiterpartei links von Schröders „neuer Mitte“ auch im Wahlergebnis stärker zum Ausdruck kommen.

Was will die SAV?

Die Sozialistische Alternative organisiert Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, Rassismus und Neonazis. Wir setzen uns für kämpferische Gewerkschaften ein. Wir stehen für Solidarität, denn wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende und Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer. Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern zusammengeschlossen. Unternehmer und Regierung wollen zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren, denn der Kapitalismus hat abgewirtschaftet.

Unsere Alternative heißt **Sozialismus**, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher in Osteuropa, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Damit nicht länger die Profiteure einer kleinen Minderheit bestimmen, müssen die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt werden. Wir wollen eine demokratisch geplante Wirtschaft, in der die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik eingesetzt werden, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

Mach mit bei der SAV

- Ich möchte weitere Informationen
- Ich möchte Mitglied der SAV werden

Name Telefon

Adresse

Einsenden an: SAV, Hansaring 4, 50670 Köln, Infotelefon (0221) 134504, Fax (0221) 1372 80, e-mail: savbund@aol.com

VisDp: Sascha Stanicic, c/o Redaktion VORAN